

**zu TOP .....**

Mainz, 23.01.2014

## **Anfrage 0366/2011 zur Sitzung am 16.02.2011**

### **Hilfegewährung für Frauen nach EU-Osterweiterung (CDU)**

Im Rahmen der EU-Osterweiterung hat es in den letzten Jahren einen vermehrten Zuzug von Menschen aus diesen Gebieten nach Deutschland gegeben. In der Stadt Mainz leben in größerer Zahl unter anderem auch Frauen, die zwar als EU-Inländer gelten, aber nur eingeschränkten Zugang zur notwendigen medizinischen Versorgung haben, weil ihr Versicherungsstatus unsicher ist, bzw. weil sie keine Krankenversicherung besitzen. Mit großem ehrenamtlichem Engagement versorgt, berät und unterstützt „medinetz“ unter anderem diese Patientinnen.

Wir fragen die Verwaltung:

1. Ist der Verwaltung die Arbeit von medinetz bekannt?
2. Sieht die Verwaltung Möglichkeiten, insbesondere für schwangere Frauen Leistungen nach SGB XII zu gewähren, da sie nicht unter das Asylbewerberleistungsgesetz fallen? Wenn nein, warum nicht?
3. Ist die Verwaltung bereit, sich für eine kostenlose internationale humanitäre Sprechstunde einzusetzen, so wie es in anderen Städten praktiziert wird, und entsprechende Gespräche zu führen? Wenn nein, warum nicht?
4. Wie kann die Stadt Mainz gewährleisten, dass Kinder ohne Versicherungsschutz die notwendigen Impfungen erhalten? Ist die Verwaltung bereit, den kostenlosen Impfschutz für neugeborene Kinder zu finanzieren?

Dr. Andrea Litzenburger  
Fraktionsvorsitzende